

Einstellungen gegenüber Minderheiten in der Europäischen Union

Sebastian Seibert

Im Auftrag der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) führte das österreichische Forschungsinstitut SORA eine Untersuchung über die Einstellungen gegenüber Minderheiten und Immigranten in den EU-Mitgliedstaaten durch, deren Ergebnisse im März 2001 präsentiert wurden. Dabei handelte es sich um die Folgestudie einer Untersuchung aus dem Jahr 1997, die eine besorgniserregend hohe Zahl negativer Einstellungen zu Tage gebracht hatte. Im Rahmen der Eurobarometer-2000-Erhebung wurden in den 15 EU-Staaten insgesamt 16.078 Menschen befragt.

Im folgenden werden die grundlegenden Ergebnisse vorgestellt und einzelne Aspekte beispielhaft beleuchtet, wobei der Schwerpunkt auf den Untersuchungsergebnissen für Deutschland liegt. Die vollständige Eurobarometer-Erhebung ist als 64-seitige Veröffentlichung erhältlich bzw. kann im Internet von der EUMC-Netzseite <http://eumc.eu.int> heruntergeladen werden.

I. Empirische Ergebnisse

In der Zeit von 1997 bis 2000 haben sich die Einstellungen der EU-Bürger gegenüber Minderheitengruppen in widersprüchlicher Weise verändert.

Einerseits befürworten viele Bürger Maßnahmen, die das Zusammenleben von Mehr- und Minderheiten fördern sollen. Die Unterstützung derartiger Maßnahmen hat in den letzten drei Jahren zugenommen.

Andererseits äußerte eine Mehrheit der Befragten auch Ängste gegenüber den

Minderheitengruppen, in denen sie eine Bedrohung des sozialen Friedens und des Wohlstandes sehen; ihr Anteil ist im Vergleichszeitraum gestiegen.

Hintergrund der Sorgen sind die Furcht vor Arbeitslosigkeit, dem Verlust sozialer Absicherung und einem Absinken des Bildungsstandards. Eine geringe aber relevante Zahl von EU-Bürgern fühlt sich durch die Existenz von Minderheiten persönlich beeinträchtigt.

Einer multikulturellen Gesellschaft stehen die meisten EU-Bürger positiv gegenüber. Zwar haben sich die Meinungen darüber, ob Minderheiten allgemein eine Bereicherung des kulturellen und sozialen Lebens darstellen, nicht verändert. Die Zahl derjenigen, die Immigranten als eine Bereicherung des kulturellen Lebens des Landes betrachten, ist jedoch gestiegen (von 33 % im Jahr 1997 auf 48 % im Jahr 2000).

Des weiteren lehnt eine große Mehrheit Repatriierungsprogramme ab.

Jeder fünfte EU-Bürger befürwortet eine kulturelle Assimilierung der Minderheiten im Sinne einer Aufgabe der eigenen Kultur, bevor sie als vollakzeptierte Mitglieder in die Gesellschaft aufgenommen werden. In diesem Punkt gab es keine Veränderung gegenüber 1997.

In 13 Mitgliedstaaten übersteigt die Zahl der „aktiv Toleranten“ die Zahl der „Intoleranten“. Die bei weitem größte Gruppe bilden jedoch die „passiv Toleranten“ und die „Ambivalenten“. Ein Viertel aller EU-Bürger wurde der Gruppe der Ambivalenten zugeordnet, da sie sich sowohl positiv als auch negativ gegenüber Minderheiten äußerten. Dieser Teil der Gesellschaft sollte als derjenige betrachtet werden, der in

seiner Haltung am stärksten von Vorgaben aus der Politik beeinflusst wird.

In einigen Ländern war der Anteil an „weiß nicht“ oder gar keinen Antworten auf Fragen nach der Haltung gegenüber Minderheiten sehr hoch, da es sich dort um ein politisch sensibles Thema handelte.

Die Faktoren, die am besten Aufschluß über die Haltung gegenüber Minderheiten geben, sind Wahlverhalten, Bildung, familiäre Beziehungen zu Personen anderer Rasse,¹ Religion, Nationalität oder Kultur, ebenso wie Erfahrung mit Arbeitslosigkeit.

Ein höherer Bildungsgrad ist demnach üblicherweise mit positiveren Einstellungen verbunden.

Familiäre Beziehungen (Eltern oder Großeltern anderer Nationalität, Rasse, Religion oder Kultur als die eigene), haben, mit beachtenswerten Ausnahmen, im Allgemeinen ebenfalls eine positivere Haltung zur Folge.

Erfahrung mit Arbeitslosigkeit hingegen führt oft zu negativeren Einstellungen.

II. Einstellungsdimensionen

Zur Auswertung der Umfragedaten bediente sich SORA der exploratorischen Faktorenanalyse, die es erlaubt, eine Vielzahl von Fragen auf wenige Dimensionen von Einstellungen zu reduzieren.

Schuldzuweisung an Minderheiten

Diese Dimension umfaßt Einstellungen, die Angst vor sozialen Konflikten und Verlust von wirtschaftlichem Status ausdrücken.

Unterstützung für politische Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens

Die zweite Dimension beinhaltet Einstellungen gegenüber verschiedenen Maßnahmen, die einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Rassen, Religionen und Kulturen dienen sollen.

Die Frage lautete: Was sollte getan werden, um die Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher Rasse, Religion und Kultur zu verbessern?

Beschränkte Aufnahme

Die Dimension ‚Beschränkte Aufnahme‘ umfaßt Fragen, die der Bemessung des Grades der Akzeptanz (Aufnahme ohne Beschränkung, Aufnahme mit Beschränkung, keine Aufnahme) von Zuwanderern dienen, unterschieden nach Herkunft und Grund der Migration.

Anwesenheit störend

In einer weiteren Dimension wurde ermittelt, ob sich die Befragten durch Meinungen, Bräuche und Lebensweisen von Angehörigen einer anderen Volksgruppe persönlich beeinträchtigt fühlen.

Multikultureller Optimismus

Bei den Fragen, aus denen sich diese Dimension zusammensetzt, ging es darum, inwiefern für die Befragten Minderheitengruppen eine Bereicherung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens darstellen.

Repatriierung von Zuwanderern

Unter dieser Dimension sind negative Einstellungen gegenüber im Land legal (oder illegal) lebenden Immigranten aus Nicht-EU-Staaten zusammengefaßt, insbesondere in Beziehung zu Bedingungen für eine etwaige Rückführung der Immigranten in ihre Herkunftsländer.

¹ Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit lehnt Theorien, die die Menschheit in getrennte Rassen aufzuteilen versuchen, strikt ab. Der Gebrauch des Terminus „Rasse“ bedeutet keine Akzeptanz derartiger Theorien.

Kulturelle Assimilierung

Die letzte Dimension umfaßt Fragen hinsichtlich der Haltung gegenüber einer kulturellen Assimilierung der Minderheiten.

III. Toleranz und Intoleranz in der Europäischen Union

Anhand von sechs der sieben Dimensionen erstellte SORA eine Typologie der in der EU lebenden Menschen in Bezug auf ihre Haltung gegenüber Minderheitengruppen. Die Dimension 'Schuldzuweisung an Minderheiten' mußte dabei aufgrund mangelnder Vergleichbarkeit ausgeschlossen werden. Nach dieser Typologie wird zwischen vier Gruppen unterschieden: aktiv tolerant, intolerant, ambivalent und passiv tolerant.

- **Aktiv tolerant**

Als „tolerant“ eingestufte Personen (21 % der EU-Bevölkerung) empfinden die Anwesenheit von Menschen aus verschiedenen Minderheitengruppen nicht als störend. Sie vertreten die Ansicht, daß Minderheitengruppen eine Bereicherung der Gesellschaft darstellen und fordern nicht deren Assimilierung. Diese Gruppe unterstützt weder eine Repatriierung noch eine restriktive Aufnahme von Zuwanderern. Unter ihnen ist die Befürwortung von politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassismus am stärksten.

- **Intolerant**

Als intolerant eingestufte Personen (14 % der EU-Bevölkerung) haben eine sehr negative Haltung gegenüber Minderheitengruppen. Sie empfinden die Anwesenheit dieser Menschen als störend und betrachten Minderheiten nicht als eine Bereiche-

rung der Gesellschaft darstellen. Sie fordern eine umfassende Assimilierung. Darüber hinaus befürwortet diese Gruppe die Repatriierung und eine sehr restriktive Aufnahme von Zuwanderern.

- **Ambivalent**

Als ambivalent eingestufte Personen (25 % der EU-Bevölkerung) haben eine zwiespältige Haltung gegenüber Minderheitengruppen. Einerseits glauben sie nicht, daß Minderheiten einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leisten. Zudem äußern sie den starken Wunsch nach Assimilierung der Minderheitengruppen. Andererseits empfinden sie sie nicht als störend.

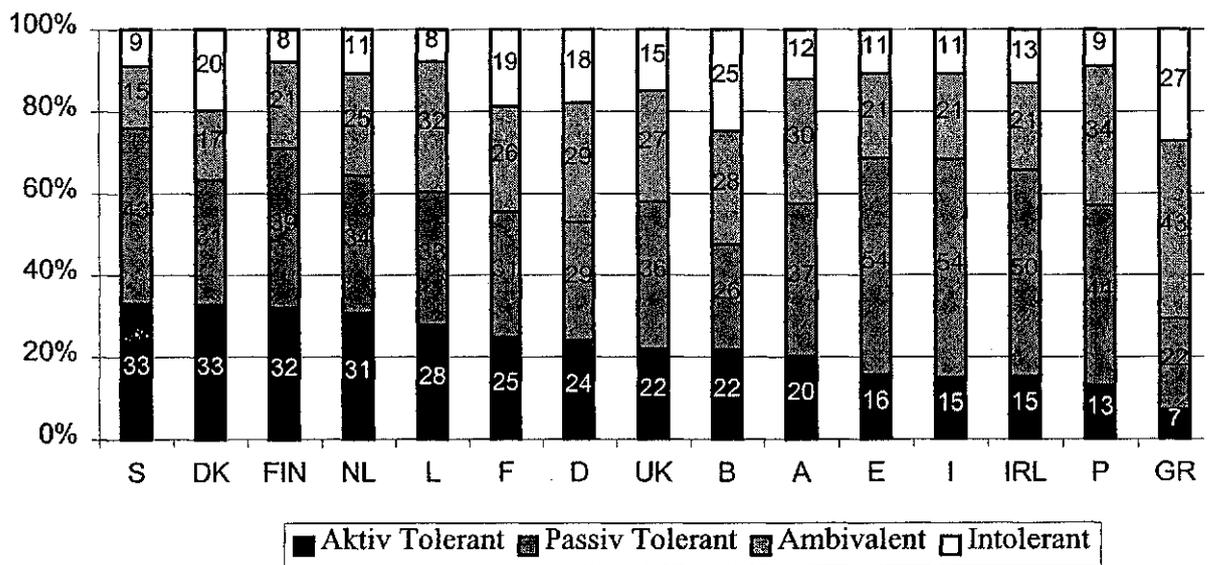
In ihrer Haltung gegenüber „restriktiver Aufnahme“ und „Repatriierung“ weist diese Gruppe Mittelwerte auf.

Die Gruppe zeigt keine Unterstützung für politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus.

- **Passiv tolerant**

Als passiv tolerant eingestufte Personen (39 % der EU-Bevölkerung) haben allgemein positive Einstellungen gegenüber Minderheitengruppen, zeigen jedoch keine Unterstützung für politische Maßnahmen zu Gunsten von Minderheiten. Sie empfinden diese nicht als störend und sind der Ansicht, daß sie eine Bereicherung der Gesellschaft darstellen können. Daher sind sie nicht dafür, daß Minderheiten ihre eigene Kultur aufgeben und die der Mehrheit annehmen. Passive Toleranz drückt sich durch mittlere Werte bei der „restriktiven Aufnahme“ aus. Die Gruppe unterstützt weder politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, noch befürwortet sie die Repatriierung von Immigranten.

Abb. 1: Typologie nach Land



Sozio-demographische Einflüsse

SORA analysierte, ob sozio-demographische Faktoren einen Einfluß auf die Umfrageergebnisse haben.

Obwohl zu diesem Zweck teilweise auch Daten herangezogen werden mußten, die nicht gänzlich miteinander vergleichbar sind, wurden EU-Durchschnittswerte verwendet, um eine Vorstellung von möglichen Zusammenhängen zu vermitteln.

Dabei konnten keine geschlechterspezifische Unterschiede festgestellt werden. In keiner der sieben Dimensionen gibt es maßgebliche Differenzen zwischen den Antworten von Frauen und Männern.

In allen Dimensionen zeigte sich, daß die Antworten umso negativer ausfielen, je älter die Befragten waren, was für eine Zunahme negativer Einstellungen mit dem Alter sprechen würde. Es ist jedoch zu bedenken, daß die jüngeren Bevölkerungsschichten in der Regel von besseren Ausbildungssystemen und höheren Bildungsstandards profitieren konnten, d.h. daß ältere Menschen unter Umständen weniger gebildet sind als jüngere. Somit könnte es sich bei dem Alterseffekt bezüglich der Einstellungen gegenüber Minderheiten teilweise auch um eine Folge von Bildungsunterschieden handeln.

Tatsächlich äußerten Personen mit höherem Ausbildungsgrad weniger negative Einstellungen gegenüber Minderheiten als Personen mit geringerer Bildung. Die Unterschiede zwischen denen, die mit 15 Jahren oder jünger, und denen, die im Alter zwischen 16 und 20 die Schule verlassen haben, sind eher gering. Eine größere Differenz in den Antworten besteht zwischen den Menschen, die vor Erreichen des 20. Lebensjahres, und denen, die mit 20 oder danach ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Zieht man lediglich die Personen in Betracht, die bereits ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ist nach wie vor ein Alterseffekt (je älter, desto negativere Einstellungen) feststellbar; wenn auch - korrigiert durch den Bildungsfaktor - deutlich reduziert.

Auf einer 10-Punkte-Skala von politisch links (0, 1) bis rechts (9, 10), nehmen negative Einstellungen gegenüber Minderheiten zu, je höher der Wert ist, zu dem sich die Befragten zugeordnet haben.

Personen, die sich selbst als zugehörig zu einer Minderheit verstehen, tendieren dazu, negativere Einstellungen gegenüber Minderheitengruppen zu haben als Personen, die sich zur Mehrheit rechnen. Diese Differenz in den Zahlen besteht auch dann fort, wenn die Angaben von Alters- und

Bildungseffekten korrigiert werden. Eine mögliche Erklärung dieses Phänomens könnte eine größere Angst vor wirtschaftlichem und sozialem Wettbewerb unter Angehörigen verschiedener Minderheiten sowie zwischen bereits etablierten Minderheiten und neuen Einwanderungsströmen sein. Aus den Daten geht nicht hervor, ob sich die negativen Einstellungen auf die eigene oder auf eine andere Minderheitengruppe beziehen.

Die für die EU insgesamt errechneten Werte treffen jedoch nicht auf alle Mitgliedstaaten im gleichen Umfang zu. In Frankreich, Belgien, Italien, Irland, Schweden, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich ähneln die Zahlen denen des EU-Durchschnitts. In allen anderen Staaten weisen einige Dimensionen negativere Einstellungen unter Minderheitengruppen, andere negativere Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung aus.

IV. Gesamtüberblick und einzelne Ergebnisse

Im folgenden soll nun ein Überblick über die Ergebnisse zu den einzelnen Einstellungsdimensionen gegeben werden. Dabei

wird jeweils eine Frage aus jeder Dimension beispielhaft herausgegriffen.

Schuldzuweisung an Minderheiten

Im Vergleich zu 1997 hat in der EU die Zahl derjenigen zugenommen, die in der Anwesenheit von Menschen aus Minderheitengruppen einen Grund für Gefühle der Unsicherheit sehen (um 5 %). Der Anteil der Befragten, die dieser Aussage nicht zustimmten, nahm im selben Zeitraum um 4 % ab.

Ein extremer Einstellungswandel in Bezug auf diesen Punkt hat sich in den letzten drei Jahren in Irland vollzogen. Während im Jahr 1997 lediglich 16 % der Iren die Tendenz zur Zustimmung zu dieser Aussage äußerten, waren es drei Jahre später 42 %.

Insgesamt weisen die Menschen in Dänemark, Belgien, Frankreich und den Niederlanden die stärkste Tendenz auf, Minderheiten für Mißstände im Land verantwortlich zu machen. In Spanien und Italien scheinen dagegen solche fremdenfeindlichen Ängste am geringsten zu sein.

Tabelle 1 faßt die Ergebnisse zusammen.

Tab. 1: Die Anwesenheit Angehöriger von Minderheiten ist ein Grund für Unsicherheit

	1997			2000		
	Tendiere zuzustimmen	Tendiere nicht zuzustimmen	Weiß nicht	Tendiere zuzustimmen	Tendiere nicht zuzustimmen	Weiß nicht
Griechenland	66	27	8	77	19	3
Dänemark	60	33	8	60	33	7
Belgien	59	31	10	56	35	9
Frankreich	46	45	10	51	41	8
Deutschland	41	37	22	46	34	19
Niederlande	34	59	7	45	44	11
Österreich	45	37	18	44	39	17
Irland	16	61	23	42	43	14
Luxemburg	29	57	14	40	47	13
Italien	28	56	16	38	46	16
Spanien	27	55	19	34	56	11
Verein. Königreich	33	50	18	32	48	20
Finnland	24	67	9	32	61	8
Schweden	21	65	15	24	66	10
EU	37	47	16	42	43	15
Portugal*	45	38	17	45	41	14

*Zahlen nicht mit denen der anderen Länder vergleichbar

Unterstützung für politische Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens

Während der Umfragegespräche wurden den Befragten verschiedene Maßnahmen zu einer Verbesserung des Zusammenlebens von Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung vorgeschlagen.

Portugal und Griechenland weisen die stärkste Ablehnung von Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Rassen, Religionen und Kulturen auf. Italien, Spanien, Österreich, Deutschland und Belgien bilden eine Mittelgruppe. Die höchste Zustimmung für derartige Maßnahmen wurde in Schweden, Luxemburg, Frankreich und Dänemark beobachtet.

Jeder fünfte EU-Bürger (21 %) stimmt der Aussage zu, daß Angehörige dieser Minderheiten zu einer Teilnahme am politischen Leben des Landes ermuntert werden sollten. Unter den Mitgliedsstaaten können in dieser Frage vier Gruppen unterschieden werden:

Dänemark und Schweden weisen den höchsten Grad an Zustimmung zu einer politischen Partizipation der Minderheiten auf (etwa 40%). In Luxemburg, Finnland, den Niederlanden, Deutschland und Großbritannien liegt die Zustimmungsrates etwas über dem EU-Durchschnitt (25 % bis 29 %). Länder wie Belgien, Österreich und Frankreich zeigen ähnliche Werte wie auf EU-Ebene. Sowohl Südeuropäer (Spanier, Italiener, Griechen und Portugiesen) als auch Iren offenbarten einen gewissen Widerwillen, Minderheiten zu einer Beteiligung am politischen Leben zu animieren (11 % bis 16 %).

Die Unterstützung für die Förderung von Chancengleichheit hat seit 1997 um 2 % zugenommen. Den höchsten Zuwachs dabei verzeichneten Belgien (8 %) und Dänemark (7 %). Ein Rückgang der Zustimmung wurde in Spanien (-5 %) Frankreich (-4 %) und Griechenland (-2 %) festgestellt.

Tab. 2: Förderung der Chancengleichheit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens

	1997	2000	Differenz
Niederlande	50	51	+1
Luxemburg	42	44	+2
Finnland	41	43	+2
Frankreich	46	42	-4
Spanien	44	39	-5
Vereinigtes Königreich	37	39	+2
Belgien	30	38	+8
Schweden	33	37	+4
Portugal	33	36	+3
Deutschland	32	35	+3
Österreich	31	35	+4
Dänemark	27	34	+7
Griechenland	33	31	-2
Irland	28	31	+3
Italien	25	31	+6
EU	35	37	+2

Beschränkte Aufnahme

Verschiedene Gruppen von Menschen kommen in die EU-Staaten mit dem Wunsch, dort zu arbeiten, sich niederzulassen oder einfach zu überleben, wie Flüchtlinge, Asylsuchende, Gastarbeiter, Menschen aus muslimischen Ländern, Osteuropa oder anderen EU-Mitgliedsstaaten. Die Einstellungen gegenüber diesen Gruppen wurden von SORA zu einer Dimension zusammengefügt: Personen, die dazu tendieren, eine dieser Gruppen zu akzeptieren, neigen auch dazu, alle anderen zu akzeptieren.

Der höchste Anteil an negativen Einstellungen kann in dieser Dimension in Deutschland, Belgien und dem Vereinigten Königreich beobachtet werden, während Schweden, Spanier und Dänen am offensten gegenüber Ausländern sind.

Bezüglich der Akzeptanz von Menschen aus muslimischen Ländern ergibt sich folgendes Bild:

In Schweden (35 %), Spanien und Italien (beide 30 %), sowie in Dänemark (27 %) werden Angehörige dieser Gruppe am ehesten akzeptiert. Negative Einstellungen gegenüber Arbeitern aus muslimischen Ländern sind am stärksten in Deutschland (lediglich 6 % uneingeschränkte Akzeptanz) verbreitet. Sie sind aber auch in Luxemburg, Griechenland, den Niederlan-

den, Belgien, Österreich und Frankreich (zwischen 9 % und 14 % uneingeschränkte Akzeptanz) greifbar.

Die höchsten Prozentsätze vollständiger Ablehnung wurden für Deutschland (30 %), Belgien (30 %) und Luxemburg (26 %) festgestellt (Abb. 2).

Abb. 2: Akzeptanz von Menschen aus muslimischen Ländern, die in der EU arbeiten wollen

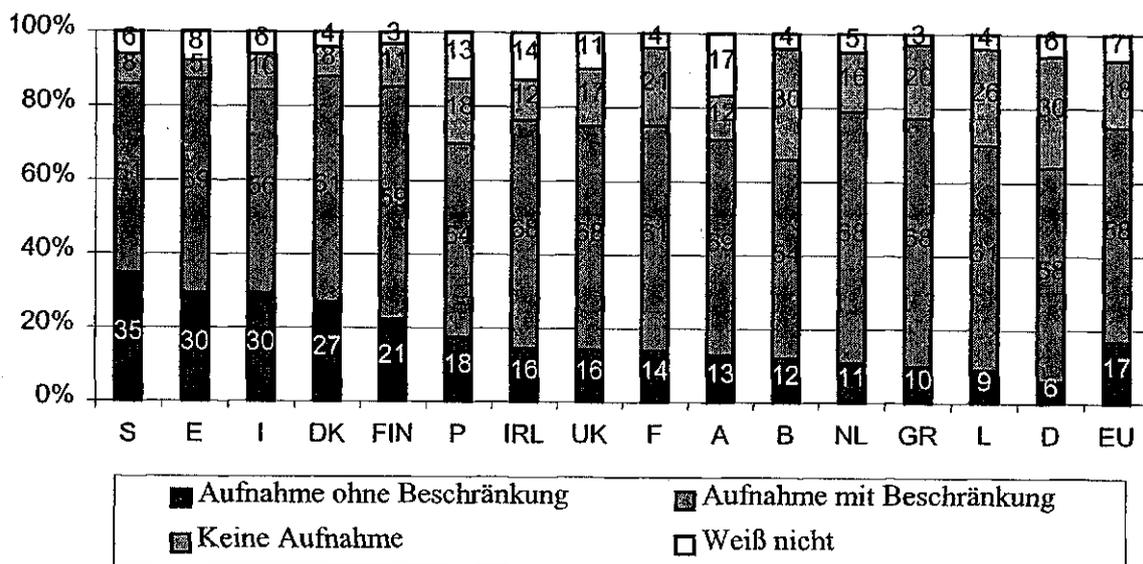
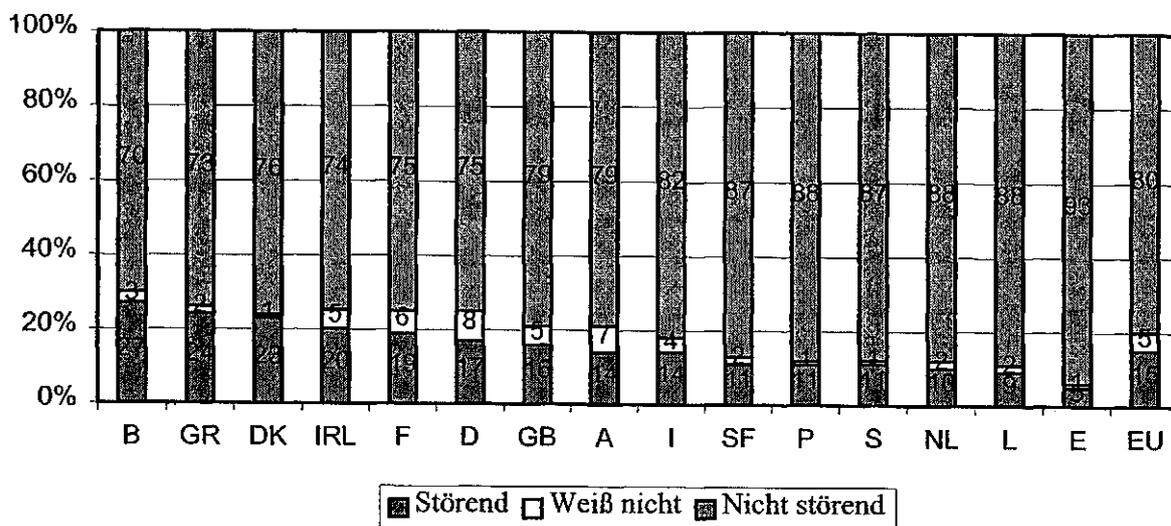


Abb. 3: Fühlen Sie sich durch die Anwesenheit von Menschen anderer Rasse in Ihrem täglichen Leben gestört?



Anwesenheit störend

Eine Minderheit der EU-Bürger empfindet die Anwesenheit von Minderheiten im Alltag als störend. Hinter diesen Gefühlen steht eine allgemeine Grundhaltung gegenüber Außenseitern. Personen, die sich durch religiöse Minderheiten gestört fühlen, tendieren dazu, die selben Gefühle gegenüber rassistischen oder nationalen Minderheiten zu haben.

Insgesamt ist das Gefühl, im täglichen Leben durch Angehörige dieser Minderheiten beeinträchtigt zu sein, am stärksten in Griechenland, Dänemark und Belgien verbreitet. Die Menschen in Luxemburg, Finnland und Spanien sind in diesem Punkt am tolerantesten.

15 % der Befragten gaben an, die Anwesenheit von Menschen einer anderen Rasse in ihrem täglichen Leben als störend zu empfinden. Am höchsten sind die Zahlen für Belgien (27 %), Griechenland (24 %) und Dänemark (23 %), am niedrigsten für Spanien (5 %) (s. Abb. 3).

Multikultureller Optimismus

Eine Mehrheit der EU-Bürger zeigt positive Einstellungen gegenüber Minderheiten im Sinne von multikulturellem Optimismus.

Eine Vielfalt an Religionen, Rassen und Nationalitäten wird als eine ‚Bereicherung‘ und ‚gute Sache‘ anerkannt oder auch als eine ‚Stärke der Gesellschaft‘ angesehen.

Allgemein finden diese Einschätzungen in Griechenland am wenigsten Zustimmung. Ebenfalls eher pessimistisch, jedoch nicht im selben Maße wie in Griechenland, äußerten sich die Befragten in Belgien, Deutschland, Österreich und Irland. Die Menschen in Finnland, Spanien und Schweden sind am optimistischsten.

In Österreich hat die Zahl derjenigen, die der Aussage ‚Es ist für jede Gesellschaft gut, wenn sie sich aus Menschen verschiedener Rassen, Religionen und Kulturen zusammensetzt.‘ von beinahe dreiviertel

aller Befragten auf etwas mehr als die Hälfte (52 %) abgenommen. Ein Rückgang konnte ebenfalls in Irland, Luxemburg, Portugal und dem Vereinigten Königreich festgestellt werden, eine Zunahme dagegen in Dänemark und Belgien.

Auf EU-Ebene hat die Tendenz, dieser Aussage nicht zuzustimmen, in der Zeit von 1997 bis 2000 mit einer Steigerung von 21 % auf 24 % signifikant zugenommen. Die Veränderung des sogenannten multikulturellen Optimismus lassen sich aus Tabelle 3 ablesen.

Repatriierung von Zuwanderern

Eine Repatriierung aller Zuwanderer findet nur bei einer Minderheit der EU-Bürger Zustimmung. In Deutschland und Luxemburg ist die Befürwortung einer Repatriierung dabei am größten.

Diese Forderung erfährt mehr Zuspruch, wenn sie auf Immigranten aus Nicht-EU-Staaten eingeschränkt wird.

EU-weit hat die Tendenz, der Aussage: ‚Alle legal im Land lebenden Zuwanderer aus Nicht-EU-Ländern sollten in ihr Heimatland zurückgeschickt werden.‘ zuzustimmen, um 2 % zugenommen. Im Vereinigten Königreich ist der Prozentsatz derjenigen, die sich gegen ein Zurückschicken aller Immigranten aus Nicht-EU-Ländern aussprachen, von 71 % im Jahr 1997 auf 58 % im Jahr 2000 zurückgegangen. Gleichzeitig ist in etwa gleichem Maße der Anteil an zustimmenden und „weiß nicht“-Antworten gestiegen.

Eine ähnliche Tendenz kann in den Niederlanden beobachtet werden, wenngleich die Niederlande in der Ablehnung von Repatriierungsmaßnahmen nach wie vor über dem EU-Durchschnitt liegen. Als liberalstes Land erwies sich Dänemark, wo die Zustimmung zur Repatriierung von 15 % im Jahr 1997 auf 7 % im Jahr 2000 gefallen ist.

Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse im Überblick.

Tab. 3: Es ist für jede Gesellschaft gut, wenn sie sich aus Menschen verschiedener Rassen, Religionen und Kulturen zusammensetzt

	1997			2000		
	Tendiere zuzustimmen	Tendiere nicht zuzustimmen	Weiß nicht	Tendiere zuzustimmen	Tendiere nicht zuzustimmen	Weiß nicht
Schweden	79	11	10	77	17	6
Spanien	74	12	15	75	13	12
Niederlande	76	18	6	74	20	6
Frankreich	74	19	7	71	21	8
Luxemburg	82	12	6	70	23	8
Vereinigtes Königreich	75	15	10	67	20	13
Dänemark	59	33	8	66	26	8
Finnland	67	21	12	65	26	9
Italien	62	21	17	65	23	12
Portugal	70	16	15	64	20	17
Irland	76	10	14	61	26	14
Belgien	52	35	13	56	35	9
Deutschland	55	27	18	53	31	16
Österreich	71	15	14	52	29	20
Griechenland	38	41	21	36	52	12
EU	66	21	13	64	24	12

Tab. 4: Alle legal im Land lebenden Zuwanderer aus Nicht-EU-Ländern sollten in ihr Heimatland zurückgeschickt werden

	1997			2000		
	Tendiere zuzustimmen	Tendiere nicht zuzustimmen	Weiß nicht	Tendiere zuzustimmen	Tendiere nicht zuzustimmen	Weiß nicht
Belgien	21	64	14	27	65	8
Griechenland	21	67	12	27	61	13
Luxemburg	14	77	9	25	67	9
Deutschland	28	53	20	24	56	20
Vereinigtes Königreich	15	71	14	22	58	20
Frankreich	20	74	6	21	71	8
Italien	16	71	13	19	73	9
Österreich	22	56	22	17	66	17
Portugal	16	67	17	17	66	17
Irland	8	69	23	16	64	20
Finnland	10	82	8	14	80	6
Niederlande	10	87	4	14	78	8
Schweden	9	82	9	12	81	8
Spanien	8	81	11	10	80	10
Dänemark	15	77	7	7	88	6
EU	18	69	13	20	67	13

V. Einstellungen gegenüber Minderheiten in Deutschland

In Deutschland ist die Akzeptanz von Immigranten, insbesondere von denen, die in der EU arbeiten wollen, gering. Mehr als andere Europäer befürworten die Deutschen die Repatriierung von Zuwandern; die Unterstützung für derartige Maßnahmen hat allerdings in der Zeit von 1997 bis 2000 abgenommen. Der Prozentsatz an fehlenden Antworten ist recht hoch.

Im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland sind zwar Unterschiede erkennbar, es kann jedoch nicht generell behauptet werden, daß die Menschen in dem einen Teil Deutschlands negativere oder positivere Einstellungen gegenüber Minderheiten haben als in dem anderen. So ist der Anteil intoleranter Personen in West- und Ostdeutschland ähnlich hoch. Unterschiede werden erst durch eine Aufschlüsselung nach Altersgruppen deutlich.

Während in Westdeutschland 13 % der 15- bis 24-Jährigen als intolerant eingestuft werden, ist ihr Anteil in Ostdeutschland in dieser Altersgruppe doppelt so hoch (26%). Dagegen sind nur 17 % der älteren Generation (55-Jährige und älter) intolerant gegenüber 26 % im Westen. Im Westen gibt es viel mehr tolerante Jugendliche als im Osten, dagegen im Osten viel mehr ältere tolerante oder ambivalente Menschen als im Westen.

Intoleranz ist somit ein Phänomen der jungen Generation in Ostdeutschland und der älteren Generation in Westdeutschland, wie anhand Tabelle 5 deutlich wird.

Hinsichtlich der Haltung zu politischen Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens sind zwei statistisch signifikante Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland erkennbar, wonach bei den Ostdeutschen gesetzliche Vorschriften auf stärkere Befürwortung treffen als bei den Westdeutschen.

So waren 38 % der Befragten in Ostdeutschland der Ansicht, daß Gesetze gegen Diskriminierung von Minderheiten-

gruppen die Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Rassen, Religionen und Kulturen verbessern könnten. In Westdeutschland vertraten nur 30 % diese Meinung.

Tab. 5: Typologie der Befragten in West- und Ostdeutschland nach ihrer Haltung gegenüber Minderheiten, unterteilt nach Altersgruppen

	Jahre	In- tole- rant	Passiv tole- rant	Aktiv tole- rant	Ambi- valent
West	15 - 24	13	35	29	23
	25 - 39	15	30	31	24
	40 - 54	14	29	22	34
	55 +	26	25	18	30
	Gesamt	18	29	24	28
Ost	15 - 24	26	30	25	18
	25 - 39	18	30	23	29
	40 - 54	12	35	22	31
	55 +	17	27	18	38
	gesamt	17	30	21	31

Die Auffassung, daß die Förderung der Einbeziehung dieser Minderheitengruppen in das politische Leben in Deutschland zu einer Verbesserung der Beziehungen führen würde, vertraten im Westen 27 % der Befragten. Im Osten waren es dagegen nur 23 %.

Auch in Bezug auf die Befürwortung von kultureller Assimilierung sind die Ostdeutschen stärker gesetzorientiert: 68% (gegenüber 59 % der Westdeutschen) stimmen der Aussage zu, daß Angehörige dieser Minderheitengruppen diejenigen Bereiche ihrer Religion und Kultur aufgeben müssen, die eventuell mit dem Gesetz in Konflikt stehen, um vollständig akzeptierte Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Menschen aus muslimischen Ländern, die in der EU arbeiten wollen, werden am wenigsten vorbehaltlos akzeptiert. 8 % der befragten Westdeutschen und nur 4 % der befragten Ostdeutschen befürworten eine uneingeschränkte Aufnahme von Zuwandern aus muslimischen Ländern. Die

meisten Befragten (58 %) in Deutschland gaben an, Menschen aus muslimischen Ländern sollten mit Einschränkungen aufgenommen werden. In Ostdeutschland ist jeder Dritte (32 %) der Ansicht, daß Menschen aus muslimischen Ländern gar nicht aufgenommen werden sollten, im Westen teilten 29 % diese Auffassung. Im EU-Vergleich nimmt Deutschland in diesem Punkt den letzten Platz ein.

Am stärksten ist die Befürwortung der Aufnahme von Personen, die in ihrem Land unter Menschenrechtsverletzungen leiden und politisches Asyl beantragen, allerdings mit Beschränkung. 63 % der Westdeutschen und 69 % der Ostdeutschen haben sich dafür ausgesprochen. 18 % der Befragten in Westdeutschland sind für eine Aufnahme ohne Beschränkung, während 15 % jede Aufnahme ablehnen. Bei den Menschen in Ostdeutschland liegt dieser Anteil bei 16 % bzw. 10 %.

Bürger aus anderen EU-Ländern, die in Deutschland arbeiten, sind die am ehesten vorbehaltlos akzeptierten Zuwanderer.

VI. Schlußfolgerungen

Aufgrund der Datenanalyse kommt die Untersuchung zu folgenden Schlußfolgerungen:

Politische Führung. Ein Viertel aller EU-Bürger kann als „ambivalent“ eingestuft werden. Aus den gesammelten Daten geht hervor, daß die Parteibindung ein Bestandteil des Kausalsystems ist, das für die Haltung gegenüber Minderheiten verantwortlich ist. Als „ambivalent“ eingestufte Personen sollten als diejenigen betrachtet werden, die am ehesten auf Vorgaben aus der Politik reagieren. Sich dieser Tatsache bewußt zu sein, kann Politikern helfen, Entscheidungen zu treffen.

Arbeitslosigkeit. Erfahrung von Arbeitslosigkeit und die Erwartung höherer Arbeitslosenraten steht in Zusammenhang

mit feindlicheren Einstellungen gegenüber Minderheiten. Sinkende Arbeitslosenzahlen vermindern möglicherweise Bedenken gegenüber Migration und Minderheiten.

Wohlstand. Da ein Großteil der sich in Fremdenfeindlichkeit äußernden Sorgen eine Minderung des Lebensstandards betreffen, würden politische Maßnahmen, die der breiten Bevölkerung das Gefühl geben, an steigendem Wohlstand und wirtschaftlichen Wachstum teilhaben zu können, signifikant zu einer Minderung fremdenfeindlicher Einstellungen beitragen. Dabei muß der Einfluss demographischer Entwicklungen beachtet und untersucht werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei den Menschen im Ruhestand entgegengebracht werden und der wachsenden Zahl älterer Menschen mit geringem Einkommen und geringen Erwartungen innerhalb dieser Gruppe. Fremdenfeindliche Einstellungen könnten in dieser Gruppe von Menschen zunehmen.

Bildung. Höhere Bildung korreliert eindeutig mit positiveren Einstellungen gegenüber Minderheiten. Dieser Zusammenhang sollte weitergehend untersucht werden, um herauszufinden, ob der Anstieg des Bildungsniveaus – ein stabiler Trend – auch zu toleranteren Einstellungen in Europa in den kommenden Jahrzehnten führt.

Persönliche Beziehungen. Persönliche Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher Religion, Nationalität oder Hautfarbe fördern Toleranz und sollten daher unterstützt werden.

In den südeuropäischen Ländern scheinen andere Faktoren die Haltung gegenüber Minderheiten zu beeinflussen als im übrigen Europa. Die Analyse der Daten konnte für diese Länder Zusammenhänge – wie oben aufgeführt – nicht gesichert nachweisen.